Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2.– R.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesestr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. – Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. – Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 57 — Dienstag, den 8. März 1932 — 114. Jahrgang

Dr. Goerdeler über Deutschlands Wirtschaft

Presseempfang auf der Leipziger Messe

Rede Dr. Goerdelers

Bei dem traditionellen Presseempfang auf der Leipziger Messe am Abend des Messesonntags nahm, nachdem der Vorsitzende des Direktoriums des Leipziger Messeamtes, **Dr. Raimund Köhler**, die Besorgnis schwerer politischer Folgen ausgesprochen hatte, die sich aus der Wirtschaftskrise entwickeln könnten, und die Autarkiebestrebungen als unheilvoll für die wirtschaftliche Zukunft bezeichnet hatte, Oberbürgermeister **Dr. Goerdeler**, Reichskommissar für die Preisüberwachung, das Wort. Er führte u. a. aus:

Der Umsatz in der Binnenwirtschaft ist stark gesunken, die Kaufkraft derart vermindert, die Voraussetzungen für einen Absatz im Auslande so stark gemindert, daß nur eine auf jahrhundertalter Tradition der Messe beruhende Zuversicht in die Veränderlichkeit der Dinge dazu gehört, um an die diesjährige Veranstaltung mutig heranzutreten. Das ist ja gerade die große Kraft jeder Tradition im kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben, daß sie allmählich eine von den jeweiligen Verhältnissen unabhängige Kraft zur eigenen Existenz, zu deren Dauer und darüber hinaus zur Beeinflussung der Dinge um uns herum sich schafft.

Die Produktion der deutschen Wirtschaft

ist, wenn man ihren Stand vom 1. Januar 1927 gleich Hundert setzt, bis zum 1. Januar 1928 auf eine Höhe von 113 gestiegen. Sie ist bis Ende 1931 auf 65 gefallen. Das deutsche Volkseinkommen hat in dem gleichen Zeitraum einen Rückgang von 76 auf 55 Milliarden jährlich erfahren.

Das Arbeitseinkommen

weist eine Verminderung von 43 auf 33 Milliarden jährlich auf. Die Zahl der Arbeitslosen ist im gleichen Zeitraum von 1,7 Millionen auf 5,7 Millionen gestiegen.

Mehr als ein Viertel der deutschen Arbeiter und Angestellten sind arbeitslos.

Außerdem arbeiten etwa drei Millionen verkürzt. Deutschland hat als

Folge des Kriegsverlustes

Sachwerte und Kapital im Werte von 40 Milliarden hingeben müssen und hat für Reparationszwecke etwa 13½ Milliarden bezahlt. Und in der Inflation hat es den

größten Teil seines mobilen Kapitals verloren.

Im Drang der Arbeit und in Ermangelung eigenen Kapitals nach Abschluß der Inflation hat es den Versuch gemacht, mit fremdem Geld seine Wirtschaft im Interesse einer eigenen vollen Leistungsfähigkeit wieder aufzurichten. Der Erfolg dieses letzten Vorganges ist eine

Verschuldung von rund 20 Milliarden an das Ausland

mit der entsprechenden jährlichen Belastung an Zinsen und Tilgung. Dieser Vorgang konnte nicht zu einer Stärkung der Wirtschaft führen, sondern mußte in

Substanzverminderung

ausmünden. Dazu kommt die

Auswirkung weltwirtschaftlicher Strukturveränderungen,

die eine Absatzverminderung zur Folge haben. Wie gering der Spielraum ist, der zwischen der Belastung und den erzielbaren Preisen entsteht, ersehen wir nicht nur aus zahlreichen Zusammenbrüchen, sondern auch aus der

Tatsache, daß es heute im Handumdrehen möglich ist, Steuerunwillen zur Steuerverweigerung zu treiben.

Zur Forderung auf

Gebühren- und Tarifsenkung

erklärte Dr. Goerdeler, daß in diesen Abgaben, Gebühren und Tarifen ein zur Zeit noch für die Bewältigung lebenswichtiger öffentlicher Aufgaben unentbehrlicher Finanzanteil enthalten ist. Niemand wird schärfer von der Schwere steigender Ausgaben auf der einen, schwindender Einnahmen auf der anderen Seite gepackt als gerade

die Gemeinden,

weil sie durch die heutige Organisation der Arbeitslosenfürsorge mit immer größeren Ansprüchen belastet werden. Es ist immerhin ein Beweis ungewöhnlicher Rücksicht auf die Notlage der Wirtschaft und ungewöhnlicher Zuversicht in die deutsche Entwicklung, daß ²/₃ aller deutschen Gas- und Elektrizitätswerke in Einordnung in die Preissenkung ihre Tarife gesenkt haben. Niemand wird sich den Zwangsläufigkeiten der harten Schlußfolgerungen entziehen können, daß an eine durchgreifende Reform des Tarif- und Gebührenwesens nur im Zusammenhang mit großen, die Arbeitslosigkeit packenden Maßnahmen gegangen werden kann. Nachdem Dr. Goerdeler auf

die autarkische Wirtschaftsform

eingegangen war, fuhr er fort: Mag auch die Handelsbilanz einzelner Volkswirtschaften sich auch auf dem Papier verbessert haben, eine furchtbare Wirkung bleibt zurück, eine

Kaufkraft- und Umsatzverminderung auf der ganzen Linie.

Zurzeit wirkt sich diese Erkenntnis lediglich in Versuchen aus, die Kaufkraft im Binnenkreise der einzelnen Volkswirtschaften im Verhältnis zum Preise günstiger zu gestalten und den eigenen Volksgenossen Arbeit durch Beschränkung der Einfuhr zu sichern.

Wir sind Zeugen geworden der entschlossenen Handlung der englischen Regierung, die zu dem Mittel der Deflation gegriffen hat. Wir haben mit allergrößtem Interesse den Gesetzesakt in den Vereinigten Staaten von Amerika verfolgt, in dem ein Teil des inneren Zahlungsmittelumlaufs auf eine andere Basis gestellt wird. Zu diesem Mittel kann Deutschland nicht greifen, weil seine Auslandsverschuldung zu groß ist und unverändert bleibt und nur noch drückender werden würde. Je mehr sich andere Volkswirtschaften zur Erhaltung ihrer binnenwirtschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten von der Einfuhr ausländischer Waren abschließen, um so mehr wird Deutschland zur gleichen Haltung gezwungen. Die Welt geht in logischer Auswirkung unrichtiger politischer und wirtschaftspolitischer Maßnahmen zum Tauschhandel in aller Form über und sie wird erfahren, daß

ein Tauschhandel der kulturellen Förderung nicht nützlich

ist. Man wird um so eher zur Gesundung kommen, wenn man sich von zwei wichtigen Erkenntnissen leiten läßt. Die eine ist die, daß es notwendig ist, überall die innere Kaufkraft zu stärken, und

wahre Kaufkraft wird nur geschaffen durch produktive Arbeitsleistung.

Diese Erkenntnis ist auch wichtig für Maß und Länge jeder Rationalisierung. Auch die Sparsamkeit im Leben jedes Einzelnen wirkt nicht wirtschaftshemmend, wenn nur das Vertrauen ihn ermutigt, sein Geld der Kreditschöpfung zuzuführen. Die zweite Erkenntnis muß die sein, daß es die

Aufgabe der Politik ist, die Fäden zwischen innerlich gesunden Volkswirtschaften wieder herzustellen.

Die größten Notzeiten haben immer noch die denkbar fruchtbarsten Möglichkeiten zu großen und befreienden Handlungen geschaffen. Hier liegt die große Aufgabe, nach deren Lösung oder Nichtlösung die Geschichte einst das Urteil über den Wert oder Unwert unserer Handlungen fällen wird.

Wenn die Zeit reif ist zu solcher Erkenntnis, müssen die Pläne für ein

Zusammenwirken verschiedener Volkswirtschaften

fertig sein. Für die Leipziger Messe ist es ein nicht nur auf Tradition aufgebauter Beweis der Lebensfähigkeit, sondern gleichzeitig eine Pflicht für die Gegenwart und die Zukunft, das Ihrige dazu beizutragen, um für den Binnenmarkt Schaufenster zu sein und Geschäftsbelebung zu bringen und darüber hinaus dem Ausland zu zeigen, was Deutschland und andere Völker leisten können, die Beziehungen zwischen den Völkern auch in schwerster Zeit zu erhalten und zu festigen für eine bessere Zukunft. Nicht zuletzt tragen die persönlichen Beziehungen dazu bei, die gelegentlich der Messe zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen und den verschiedenen Nationen angeknüpft und erneuert werden. Dr. Goerdeler schloß mit einem Hinweis auf seine Tätigkeit als Reichskommissar für die Preisüberwachung.

Im weiteren Verlauf des Abends sprach noch der Chefredakteur der Kölnischen Volkszeitung, **Ch. Fülles**, über die enge Zusammengehörigkeit zwischen Presse und Messe, die beide Organe der Werbung sind. Im Namen der ausländischen Pressevertreter nahm **Albert Bintz**, Vorsitzender und Geschäftsführer des Verbandes ausländischer Pressevertreter e. V., Berlin, das Wort, der u. a. darauf hinwies, daß sich nirgend besser als auf der Leipziger Messe eine Diagnostik für die allgemeine Wirtschaftslage stellen lasse und daß die Privatwirtschaft den Güteraustausch untereinander durch Bildung umfassender Wirtschaftsverbände mit gegenseitiger Verständigungsmöglichkeit zu fördern versuchen solle.

Zum Schluß sprach zum ersten Male ein Vertreter der Türkei auf der Leipziger Messe, **Dr. Vedat Nedim Bei**, der Geschäftsführer des türkischen Vereins für nationale Wirtschaft und Sparsamkeit in Angora, der die Unterschiede zwischen der alten Türkei, einem selbständigen Kolonialstaat, und der neuen Türkei, einer unabhängigen Nation, aufzeigte.

Briands Tod

Deutsche Staatsmänner würdigen Briands Wirken



Aristide Briand ist am 7. März mittags um 13,30 Uhr französischer Zeit in seiner Wohnung in der Avenue Kleber in Paris gestorben.

Aristide Briand war am 28. Febr. von seinem Landsitz Cocherel nach Paris zurückgekehrt und hatte dort seine seit mehreren Jahren nicht mehr benutzte Wohnung bezogen. Seine Aerzte hatten seine Rückkehr nach Paris verlangt, obwohl Briand selbst sich ihr zunächst widersetzte. Die Aerzte faßten die Rückkehr nach Paris als eine Etappe vor der Unterbringung in einem Krankenhause ins Auge. Gleich bei seiner Ankunft in Paris mußte sich Briand zu Bett begeben. Die Wohnung durfte von Fremden nicht betreten werden. Bis Donnerstag hatte man, obwohl der Schwächezustand Briands zu lebhaften Besorgnissen Anlaß gab, nicht an einen so raschen tödlichen Ausgang gedacht. Sonntag nachmittag verschlimmerte sich der Zustand des Kranken, und seine Schwäche nahm so zu, daß keinerlei Hoffnung mehr bestand.

Der Politiker Briand

Wenige Wochen vor Vollendung seines 70. Lebensjahres ist Briand in Paris dem Leiden erlegen, das ihn bereits im vergangenen Jahre wiederholt aufs Krankenlager geworfen hatte. Als er im vorigen Sommer in Berlin weilte, hatte er sich von einem ersten schweren Anfall seines Herzleidens kaum erholt, und wer den alten Fechter zuvor auf der Kammertribüne oder in der Völkerbundsversammlung mit der ganzen Lebhaftigkeit seines gallischen Temperaments als Redner gehört hatte, erkannte den stillen und gebeugten Greis kaum wieder. Elfmal hat er die Bürde des Ministerpräsidenten getragen, 25 Mal ein Ministerportefeuille verwaltet, seit er im März 1906, in den Tagen des Kampfes um die Trennung von Staat und Kirche, von Sarrien zum ersten Male als Unterrichtsminister in ein Kabinett berufen worden war. 1909 war er als Nachfolger Clemenceaus Ministerpräsident geworden. In der Folge amtierte er unter Poincare, Viviani und nach dem Kriege unter Leygues, Painleve und anderen. Bei Kriegsausbruch war er Justizminister, vom 29. Oktober 1915 bis 7. März 1917 selbst Ministerpräsident. Damals betrieb er die Saloniki-Expedition gegen den Willen Clemenceaus. Aus der Konferenz von Cannes, wo er zum ersten Male nach dem Kriege international in den Vordergrund trat und von Poincare gestürzt wurde, zog er sich drei Jahre lang vom politischen Leben zurück auf sein Mustergut Cocherel in der Normandie, das er bis zu seinem Tode zärtlich liebte. Denn seine Tierliebhaberei und der Angelsport waren die einzigen Vergnügungen, die sich der alternde Junggeselle gönnte, und aus denen er, neben geistreichen Unterhaltungen immer von neuem die Kraft für seine Arbeit zog.

Diese Arbeit galt seit den Oktobertagen von 1925, in denen der Vertrag von Locarno geboren wurde, der Befriedung Europas und vor allem der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Wenn auch Fehler und Mißgriffe, Rückfälle in die Kriegsmentalität, Zurückweichen vor der Opposition der Rechten, die sich bei den komplizierten Mehrheitsverhältnissen der französischen Kammer immer wieder geltend machen konnte, die Verwirklichung dieser Pläne gehemmt haben, so sind doch alle die, die mit Briand persönlich in Berührung gekommen sind, die die suggestive Kraft seiner Beredsamkeit und seiner Kunst der Menschenbehandlung empfunden haben, stets davon überzeugt gewesen, daß ihm das Ziel einer Verständigung der beiden großen Nachbarvölker mindestens seit 1925 als Lebensaufgabe vor Augen stand. Der verunglückte Versuch einer Gesamtbereinigung in der Unterredung von Thoiry, die gemeinsame Verleihung des Friedens-Nobel-Preises an ihn und seinen Mitstreiter Stresemann waren Höhepunkte dieses Bemühens. Mit schwindender Gesundheit trat sein politischer Einfluß in den Hintergrund; sein mißlungener Kampf um die Präsidentschaft im Vorjahre war sein letztes markantes Hervortreten, aber auch in Deutschland wird man dem großen Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung ein dankbares und ehrendes Angedenken bewahren.

Trauerkundgebung der französischen Kammer

Die Kammer, die am Montag um 15 Uhr zur Fortsetzung der Budgetberatung zusammentrat, hat sich auf die Mitteilung von dem plötzlichen Tode Briands hin zum Zeichen der Trauer auf abends vertagt.

Vor der Vertagung der Kammer widmete Tardieu Briand einen Nachruf, in dem er sagte:

Der Ruhm, den Briand der französischen Trikolore eingebracht hat, seine Anteilnahme an dem schwierigen und mitunter ungewissen Werk der Organisierung der Welt nach der größten Erschütterung, die die Welt jemals gekannt hat, nötigen heute sogar denen, die Briand bekämpft haben, Anerkennung und Achtung auf.

Das Gedenken des Völkerbundes

In der Sitzung des Hauptausschusses der Völkerbundsversammlung machte der Vorsitzende Hymans Mitteilung von dem Tode Briands. In bewegten Worten würdigte er die Verdienste des Verstorbenen, der eine bewundernswerte Ver

...Erhaltung des Friedens gewesen sei.

Der französische Delegierte **Paul Boncour**, als einer der engeren Mitarbeiter Briands, sprach den Dank seiner Regierung aus für die Anteilnahme des Völkerbundes. Leider habe Briand den Erfolg seiner Anstrengungen um die Organisierung des Friedens nicht erlebt. Die Teilnehmer an der Völkerbundsversammlung hatten sich während der beiden Ansprachen erhoben. Die Beratungen wurden auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Deutsches Beileid

Als erste ausländische Mission in Paris hat die deutsche Botschaft ihr Beileid zum Ableben Briands zum Ausdruck gebracht. Der Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Forster, trug sich in seinem Namen sowie im Namen des abwesenden Botschafters von Hoesch in die im Trauerhause ausliegende Liste ein.

Der Reichskanzler

übermittelte dem Berliner Vertreter der Havasagentur folgende Erklärung:

Mit aufrichtiger Trauer würdigt auch die deutsche Regierung den schweren Verlust, den das französische Volk durch das plötzliche Hinscheiden des großen französischen Staatsmannes Aristide Briand erlitten hat.

Mit Briand verschwindet eine der bedeutendsten politischen Figuren der Zeitgeschichte; mit ihm verliert Frankreich eine seiner führenden Persönlichkeiten, die Welt eine ihrer interessantesten und bekanntesten politischen Gestalten.

Kein ausländischer Staatsmann war wohl auch in Deutschland so bekannt und so viel genannt wie er. Sein Name ist für das deutsche Volk verbunden mit den deutsch-französischen Annäherungsbestrebungen und wird in diesem Sinne fortleben.

Mag die Entwicklung der Dinge Deutschland auch schwere Enttäuschung gebracht haben, so erkennt das deutsche Volk doch an der Bahre dieses Mannes an, daß er, in unermüdlicher Pflichttreue seinem Heimatlande dienend, gleichzeitig ein aufrichtiger und überzeugter Diener der Friedensidee war, dessen ehrliches Streben der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gegolten hat.

Ich persönlich empfinde das Hinscheiden Briands um so schmerzlicher, als ich bei den deutsch-französischen Minister-Begegnungen des letzten Sommers Gelegenheit gehabt habe, mit Aristide Briand persönlich Beziehungen anzuknüpfen und dabei seinen politischen Weitblick, seine Abgeklärtheit und die Wärme seines Wesens unmittelbar kennenzulernen.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun

äußerte sich zu dem Berliner Vertreter der Agence Havas: Es hat mich tief erschüttert, daß jetzt nach Stresemann nun auch der andere unermüdliche Vorkämpfer für die deutsch-französische Verständigung, Aristide Briand, dahingegangen ist. Beide Männer haben ihr Bestes für die Idee der Aussöhnung unserer beiden Länder gegeben. Sie sind nun nicht mehr. Die Sache aber, der sie mit Leib und Seele dienen wollten, ist nicht tot. Das Lebensinteresse Europas verlangt gebieterisch, daß die deutsch-französische Verständigung kommt. Das wird dann die beste Ehrung auch Ihres großen Toten, Briand, sein.

Die Präsidentenwahl

Falsche Behauptungen über den Reichspräsidenten

Der Berliner Korrespondent des „Daily Expreß" berichtet seinem Blatte, er habe einen Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg an einen deutschnationalen früheren Kriegskameraden gelesen, in dem der Reichspräsident erklärt, er werde sich für den zweiten Wahlgang nicht wieder aufstellen lassen. Von unterrichteter Seite wird nach einer Contimeldung dazu festgestellt, daß der Bericht des Korrespondenten völlig aus der Luft gegriffen ist. Der Reichspräsident habe niemals eine derartige Erklärung abgegeben, er habe sich auch für den zweiten Wahlgang zur Verfügung gestellt.

Keine Vermietung von Kabeln für parteipolitische Veranstaltungen

Der Reichspostminister hat unter dem 27. Februar eine Verordnung an die Oberpostdirektionen gegeben, in der gesagt wird, daß die Vermietung von Kabelleitungen zur Uebertragung von Reden in parteipolitischen Versammlungen in andere Säle über den Aufgabenkreis der Reichspost hinausgehen und deshalb dahingehende Anträge abzulehnen seien.

Wieder ein Toter bei einer Schießerei politischer Gegner

Zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es am Montag in Düsseldorf gegen 14 Uhr im Stadtteil Bilk in der Hammerstraße. Etwa 40 dort Flugblätter verteilende Nationalsozialisten gerieten mit etwa 200 Kommunisten zusammen, und in wenigen Minuten entwickelte sich ein

Feuergefecht, bei dem etwa 30 Schüsse abgegeben

wurden. Der der KPD. angehörende Arbeiter Peter Kreuz erhielt dabei einen

Brustschuß, dem er erlag.

Ein zweiter Beteiligter erlitt durch Schläge auf den Kopf erhebliche Verletzungen. Beim Erscheinen des Ueberfallkommandos ergriffen die Kommunisten die Flucht, während die Nationalsozialisten sich freiwillig stellten. Diese wie mehrere Kommunisten wurden dem Polizeipräsidium zugeführt

Noch immer kritische Lage in Schanghai und in Genf

Japan verläßt den Völkerbund?

Aus Tokio, 7. März, wird gemeldet: Die Reden, die von den Vertretern einiger kleinerer Staaten auf der außerordentlichen Völkerbundsversammlung in Genf zum Fern-Ost-Konflikt gehalten wurden, haben in hiesigen politischen Kreisen eine starke Gereiztheit hervorgerufen und die Position derer gestärkt, die für den Austritt Japans aus dem Völkerbund eintreten. Gewisse Kreise stellen sogar die Forderung auf, man solle den Völkerbund vor die Wahl stellen, entweder Japans Austritt zu gewärtigen oder China auszuschließen. Motiv des Ausschlusses Chinas wäre dann nach Ansicht dieser Kreise die Tatsache, daß es sich bei China nicht um einen festgefügten Staat im Sinne des Völkerrechts handelt.

Was dem Völkerbund berichtet wird

Die Chinesen über japanische Operationen bei Schanghai

Die chinesische Delegation hat eine ihr am Sonntagabend aus Schanghai zugekommene Mitteilung bekanntgegeben, in der es heißt: General Tschiang Kwangnai berichtet aus dem Hauptquartier:

Am Freitag hat die japanische Artillerie von 15 Uhr ab unsere Stellungen bei Huang Tu mit starkem Feuer belegt. Auf das Feuer folgten hartnäckige Infanterieangriffe, die um Mitternacht zurückgeschlagen wurden. In einer heute morgen erfolgten Kundgebung erklärte der japanische General Shirakawa, daß die Besetzung von Huang Tu, das weit außerhalb der 20-Klm.-Zone liegt, zum Schutze von Nantsiang, das sich gegenwärtig in den Händen der Japaner befindet, notwendig sei.

Es ist, so fügt die chinesische Delegation hinzu, also ganz klar, daß die japanischen Streitkräfte auch jetzt ihren Vormarsch ins Innere Chinas fortsetzen, wobei als Vorwand immer wieder die Notwendigkeit des Schutzes der zuletzt besetzten Stadt herhalten muß.

Die Bemühungen um den Waffenstillstand gescheitert

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht einen vom 5. März, 2.41 Uhr (Schanghaier Zeit), datierten Bericht des Konsularkomitees, der die Antwort auf die am Freitag vom Generalsekretär gestellten Fragen enthält. Der Bericht verzeichnet die am Donnerstag veröffentlichten Kundgebungen der japanischen Befehlshaber über die Einstellung des Feuers und fügt hinzu:

Die wesentlichste Feststellung ist, daß alle Versuche, einen von beiden Teilen angenommenen Waffenstillstand herbeizuführen, bis jetzt gescheitert sind.

Die Japaner haben im Augenblick ihr Vorgehen eingestellt; jedoch haben örtliche Kämpfe im Laufe der Nacht in abgelegenen Distrikten stattgefunden. Die Einmischungen der Japaner in die Obliegenheiten der Polizei und der anderen städtischen Verwaltungszweige, die in der ganzen letzten Zeit fortgesetzt worden sind, haben zu wiederholten Protesten bei den japanischen Behörden Anlaß gegeben.

Die Aussprache in Genf

Die Sitzung des Hauptausschusses der Völkerbundsversammlung begann am Montag mit

Beschwerden des chinesischen Delegierten

diesmal darüber, daß die

Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai infolge des passiven Verhaltens der Vertreter der Mächte noch nicht begonnen

hätten. Der Vorsitzende erwiderte hierauf, daß ihm von den Vertretern der in Schanghai interessierten Staaten noch keine Nachrichten zugegangen seien.

Der englische Außenminister, **Sir John Simon**, schlug vor, eine Kundgebung zu erlassen, in der ohne Eingehen auf die sachliche Seite des Streites die

Grundsätze,

auf denen der Völkerbund beruhe, festgestellt werden müßten:

Kein Staat, so sehr er auch im Rechte sein möge, sei befugt, zur Selbsthilfe zu greifen.

Ferner könne auf den Grundsatz der territorialen und politischen Unversehrtheit und auf den Kelloggpakt Bezug genommen werden. Der englische Außenminister gab zu, daß diese Kundgebung keine vollständige Erfüllung der Pflichten des Völkerbundes sein würde. Immerhin sei sie ein erster Schritt.

Auch der deutsche Vertreter, Gesandter **Freiherr von Weizsäcker**, schloß sich den englischen Vorschlägen an. Nach Charakterisierung der bisherigen Debatte und ihrer Lehren schloß der deutsche Vertreter, wenn die Umstände für die volle Verwirklichung dieser Grundsätze Schwierigkeiten bieten sollten, so wäre es

besser, oft einen Mißerfolg einzugestehen, als sich wieder einmal mit einer rein formellen Lösung zu begnügen.

Der deutsche Delegierte wurde beim Betreten und Verlassen der Tribüne von langanhaltendem Beifall begrüßt.

Danach sprach **Paul Boncour**, der gleichfalls die Notwendigkeit der Wahrung der Grundsätze des Völkerbundspaktes betonte, sich dem Vorschlage von Sir John Simon anschloß und sich außerdem für die Einsetzung eines Zwischenausschusses bis zur nächsten Völkerbundsversammlung aussprach.

Die Aussprache wird, da noch einige Redner vorgesehen sind, Dienstag nachmittag fortgesetzt.

Kultusminister und evangelischer Oberkirchenrat

Wie aus einem Schriftwechsel zwischen dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bekanntgeworden ist, hatte der Minister den Oberkirchenrat für Ende Februar zu einer Aussprache über die Frage der Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht eingeladen. Dieser Verhandlungstermin mußte verschoben werden, weil zunächst noch einige grundsätzliche Fragen zu klären waren.

Nachdem diese Prüfung stattgefunden hat, hat Minister Grimme auf Mitte März einen neuen Termin anberaumt. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat er dabei erneut zum Ausdruck gebracht, daß er entgegen der Auslegung, die in der Oeffentlichkeit gegeben wurde, an dieser ursprünglichen Absicht festhält, die Angelegenheit in gemeinsamer Besprechung weiter zu verfolgen.

Bei dieser Aussprache werden neben einer Reihe in dem Problem enthaltener Einzelfragen auch die in dem Schriftwechsel berührten Rechtsfragen zu erörtern sein.

Allerlei

Eine japanische Division bei Wusung gelandet

Eine japanische Division in Stärke von 14 000 Mann ist am Montag bei Wusung gelandet.

Wiederaufbau der Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking

Japanische Pioniere arbeiten angestrengt an der Wiederherstellung der Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking zwischen Wusung und Nanhsiang. Die Linie soll für die Zufuhr zu den vordersten Stellungen dienen.

Auf Einladung der japanischen Behörden haben die fremden militärischen Beobachter eine Inspektion der japanischen Linien vorgenommen.

Loyang zweite Hauptstadt Chinas?

Der Zentralexekutivausschuß der Kuomintang beschloß, Loyang als zweite Hauptstadt Chinas mit gleichen Rechten wie Nanking zu erklären, und zwar unter dem Namen Hsiching, den diese Stadt unter der Dynastie der Tang mehrere Jahrhunderte v. Chr. trug.

Kleine polit. Nachrichten

Die Beratung des Preußen-Haushalts

Im Preußischen Staatsrat wird am Dienstag der verstärkte Hauptausschuß eine kurze zweite Lesung zum preußischen Haushalt vornehmen. Am Dienstag nachmittag sollen in der Vollsitzung nur kleine Vorlagen zur Erledigung kommen. Die Plenarberatungen über den Haushalt werden erst am Mittwoch beginnen und sollen am Donnerstag zum Abschluß gebracht werden. Im Preußischen Landtag soll die erste Lesung des neuen Haushalts bekanntlich am 15.—17. März stattfinden.

Volksparteiliches Vertrauensvotum für Dr. Curtius

Auf einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei in Baden gab Reichsminister a. D. Dr. Curtius einen Ueberblick über die politische Lage. Die Aussprache endete mit einem uneingeschränkten Vertrauensvotum für Dr. Curtius. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, innerhalb der Deutschen Volkspartei eine politische Linie zu finden, um weiteste Kreise des liberalen Bürgertums zu sammeln.

Acht Millionen ins Ausland verschoben

Die Steuerbehörde Berlin hat gegen eine Reihe von Steuerdefraudanten Haftbefehle erlassen. Wie mir erfahren, soll es sich um insgesamt fünf Personen und um einen Betrag von etwa acht Millionen RM. handeln, der ins Ausland verschoben worden sein soll.

Zuchthausstrafen wegen Beschießung von Polizeibeamten

Der kommunistische Bauarbeiter, Dannenberg wurde vom Schwurgericht 3 in Berlin wegen versuchten Totschlags, Schußwaffenmißbrauchs und Waffenvergehens unter Versagung mildernder Umstände zu zwei Jahren, sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, der mitangeklagte Arbeiter Kuffel wegen Schußwaffenvergehens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt Dannenberg hatte am 5. November vier Schüsse auf Polizeibeamte abgegeben.

Der Boizenburger Volksentscheid durchgekommen

In Boizenburg an der Elbe, wo im August vorigen Jahres der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Alexander-Berlin zum Bürgermeister gewählt, von der mecklenburgischen Regierung später aber nicht bestätigt wurde, fand die Abstimmung über einen von den Sozialdemokraten eingebrachten Volksentscheidsantrag auf Auflösung des Stadtparlaments statt. Mit 1898 gegen 731 Stimmen entschied sich die Bevölkerung für die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung. Die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten ebenfalls für die Auflösung.

Wahlunmündige Schüler dürfen in Baden nicht parteipolitisch tätig sein

Der badische Kultusminister hat eine Verordnung erlassen, die allen wahlunmündigen Schülern jede parteipolitische Betätigung aufs strengste verbietet.

Aerztebericht über den Zustand Twardowskis

Ueber den Gesundheitszustand des bei dem Attentat am Sonnabend verletzten deutschen Botschaftsrates Dr. von Twardowski in Moskau haben die behandelnden Aerzte folgenden Bericht ausgegeben: Die Halsverletzung ist eine einfache äußerliche schmerzlose Hautabschürfung. Der Verband am Halse ist bereits abgenommen. Bei der am 5. März abends im Kreml-Hospital vorgenommenen Operation wurde die Kugel aus der linken Hand entfernt. Am 6. März hatte der Patient zeitweise Schmerzen. Die Temperatur ist ohne Schwankungen 38 Grad. Das Allgemeinbefinden ist befriedigend.

Die Aufstandsbewegung in Finnland beendet

Aus Helsingfors wird gemeldet: Nachdem den Lappo-Leuten gestattet worden ist, Mäntsälä zu verlassen und nach Hause zu gehen, kann die Aufstandsbewegung als vollständig beendet angesehen werden. Sechs Führer der Aufständischen, darunter General Wallenius sind nach Helsingfors gebracht und in Haft genommen worden. Zusammenrottungen von Aufständischen gibt es nun nirgends mehr. Die Zensur über Telephon und Telegraph ist vollständig aufgehoben worden.

Der frühere österreichische Ministerpräsident Graf Clam-Martinic gestorben

Der ehemalige österreichische Ministerpräsident Graf Clam-Martinic ist in Wien im 69. Lebensjahre gestorben.

Rücktritt der norwegischen Regierung

Aus Oslo wird unter dem 7. März berichtet: Die durch den Tod des Ministerpräsidenten erforderlich gewordene Gesamtdemission des Kabinetts ist heute erfolgt.

Arbeitsminister Laval Leiter der französischen Wirtschaftssektion

Auf Vorschlag von Ministerpräsident Tardieu wurde vom Ministerrat Arbeitsminister Laval mit der Leitung der französischen Sektion der deutsch-französischen Wirtschaftskommission betraut. Abgeordneter Guignoux wird das Vizepräsidium führen.

Blutiger Zusammenstoß in Französisch-Marokko

Wie Havas aus Rabat berichtet, kam es in der Nacht zum 5. März zu einem blutigen Zusammenstoß. Auf eine Abteilung eingeborener Truppen, die im Draatal in der Gegend des Dschebel-Zamora Wache hielt, wurden von Dissidenten Schüsse abgegeben. Im Verlaufe des Kampfes sollen die Angreifer mit erheblichen Verlusten zurückgewiesen worden sein. Die französischen Verluste belaufen sich auf einen eingeborenen Soldaten, der getötet wurde, einen französischen Unteroffizier, einen Legionär und drei eingeborene Soldaten, die verwundet wurden.

Italienisch-ungarisches Ausfuhrabkommen

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro meldet: Die ungarische und die italienische Regierung haben in Rom ein Abkommen unterfertigt, das den Zweck verfolgt, den Warenverkehr zwischen Ungarn und Italien zu fördern. Auf Grund der Vereinbarung werden die beiden Regierungen zur Regelung der Eisenbahntarife einen gemeinsamen Ausschuß errichten, Frachtbrief- und Durchgangsverkehrserleichterungen einführen und zur Förderung der gegenseitigen Ausfuhr die Möglichkeit von Krediterleichterungen schaffen.

Politisierende Schülerinnen werden in Ahmedabad verhaftet

80 Schülerinnen des Mädchengymnasiums in Ahmedabad, die eine Kundgebung für die Ungehorsamkeitsbewegung veranstalteten, sind verhaftet worden.

Anschlag auf den Präsidenten von Peru

In Lima wurden auf den Präsidenten Sanchez Cerro Schüsse von einem Mitglied der Oppositionspartei in einer Massenversammlung abgegeben. Der Präsident wurde von einer Kugel in die Schulter getroffen. Der Täter wurde verhaftet.

Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung

Beschäftigung für 600 000 Arbeitslose

Wie die „D. A. Z." meldet, wird die Reichsregierung nach dem 13. März ihre Beratungen über die Arbeitsbeschaffungspläne wieder aufnehmen, die schon seit längerer Zeit Gegenstand eingehender Vorbesprechungen gewesen sind. Wie das Blatt erfährt, handelt es sich um folgende Objekte:

Reichsbahn 300 Millionen, Reichspost 100 Millionen, Straßenbau 300 bis 400 Millionen, Landwirtschaftliche Meliorationen 200 bis 300 Millionen, Wasserbauten 50 Millionen Mark.

Der Reichsarbeitsminister hat eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau und eine Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgeschlagen. Er empfiehlt ferner den Bau von Kleinwohnungen mit etwa 200 Millionen Mark zu fördern. Schließlich soll der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

An unterrichteter Stelle rechnet man mit einem Programm an zusätzlichen Arbeiten in einem finanziellen Umfang von etwa 1,2 bis 1,4 Milliarden Mark. Ueber die Finanzierung sind noch Erwägungen im Gange.

Gelingt es, die Mittel für ein Programm von etwa 1,2 Milliarden Mark bereitzustellen, so können etwa 200000 Arbeitslose für die Dauer eines Jahres direkt und noch etwa 400000 weitere Arbeitslose mittelbar beschäftigt werden. Um den Nutzeffekt recht groß zu machen, sind auch lohnpolitische Reformmaßnahmen ins Auge gefaßt.

*

Von unterrichteter Seite erfährt das Conti-Büro zu dieser Meldung, daß es sich dabei zunächst nur um Vorbesprechungen und Referentenentwürfe handelt, an denen vier verschiedene Ressorts beteiligt sind. Erst im Laufe der nächsten Woche werde man positivere Einzelheiten eines Arbeitsbeschaffungsprogramms festlegen können.

Vor einer Diskontsenkung

Einberufung des Zentralausschusses der Reichsbank

Wie WTB.-Handelsdienst erfährt, ist der Zentralausschuß der Reichsbank auf Dienstag, den 8., nachmittags 16 Uhr, einberufen worden. Wie wir aus Bankkreisen erfahren, dürfte die Frage einer Diskontsenkung erörtert werden. Ihr Ausmaß steht noch nicht fest.

Goethe-Gedenkfeiern in den preußischen Schulen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Runderlaß angeordnet, daß aus Anlaß der 100. Wiederkehr von Goethes Todestag in allen preußischen Schulen Gedenkfeiern abzuhalten sind, in denen Goethes Werk und Persönlichkeit gewürdigt werden sollen. Der Tag dieser Feiern ist schulfrei. Wo der Osterferien wegen die Feier nicht am 22. März stattfinden kann, ist sie an einem geeigneten Tage vorher abzuhalten. Der Minister spricht in dem Erlaß die Erwartung aus, daß Schulleitungen und Lehrerkollegien von sich aus darauf Bedacht nehmen werden, über den einmaligen Feiertag hinaus in der Arbeit des Schuljahres am Goethe-Erinnerungsjahr teilzunehmen.

Die Biersteuer

am Mittwoch in den Reichsratsausschüssen

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, werden sich die Reichsratsausschüsse bereits am kommenden Mittwoch in vertraulichen Beratungen mit der Vorlage der Reichsregierung über die Senkung der Biersteuer zu beschäftigen haben. Die Reichsregierung legt großen Wert auf eine rasche Verständigung, da der vom Reichsfinanzminister genannte Termin des Inkrafttretens der Biersteuersenkung, der 20. März, unbedingt eingehalten werden soll. Es wird sich bei den Verhandlungen der Reichsratsausschüsse vor allem um die Frage handeln, wie die vorgesehene Senkung der Reichsbiersteuer, Gemeindebier- und Getränkesteuer anteilmäßig erfolgen soll unter Beachtung einer Gesamtsenkung der Steuerbelastung für das Bier von 22 auf 15 Mark.

Ostoberschlesische Gemeinden wollen Bergwerke übernehmen

Aus Kattowitz, 6. März, wird berichtet: Eine Delegation bestehend aus Vertretern der Stadt Königshütte und der Gemeinde Chorzow sind bei den Bergbehörden der Wojewodschaft, beim Demobilmachungskommissar und bei der Interessengemeinschaft Bismarckhütte, Königs- und Laurahütte A.-G. vorstellig geworden, um bei diesen Instanzen eine Uebereignung der Gräfin Laura-Grube anzustreben, die 15 000 Arbeiter und 100 Beamte beschäftigt.

Dieser Schritt erfolgt im Einverständnis mit den Betriebsräten. Durch ihn soll die Schließung der Grube verhindert werden. Die Kommunen wollen das Werk selbst verwalten, die Garantie für eine Beschäftigung der Belegschaft auf die Dauer von sechs Jahren übernehmen und bezüglich der Kohlenpreise freie Hand erhalten, weil sie durch die gegenwärtige Kohlenpolitik nicht tragbar seien.

Reichskanzler Dr. Brüning sprach in Essen

Vor einer riesigen Zuhörermenge, die die beiden größten Hallen der Essener Ausstellung nicht fassen konnten, sprach Reichskanzler Dr. Brüning über die Wahl des Reichspräsidenten.

Die Agitation der gegnerischen Präsidentschaftskandidaten, so sagte der Kanzler, werde in einer Weise betrieben, als befände sich Deutschland in tiefstem Frieden und in vollstem Aufstieg, aber nicht in schwersten außenpolitischen Kämpfen. Gerade weil Deutschlands Lage so außerordentlich ernst sei, habe er seinerzeit versucht, die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von Hindenburg auf parlamentarischem Wege durchzusetzen, des Präsidenten, der für die ganze Welt das Symbol deutscher Einheit und Kraft sei. Der Kanzler widerlegte die Behauptung, als ob er selbst ein Hemmnis für die einmütige Wiederwahl Hindenburgs gewesen sei. Hugenberg habe im Sommer 1930 die Möglichkeit gehabt, die Regierung zu stützen und ihr damit eine Wendung nach rechts zu geben. Diese Möglichkeit habe Hugenberg trotz aller Warnungen unbenutzt gelassen. In den elementarsten Fragen der Politik bestehe auf der Rechten nicht die geringste Einigkeit. Das hätten die Verhandlungen der letzten Monate in aller Klarheit gezeigt; das würde heute in den Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Teilen der Harzburger Front in aller Oeffentlichkeit dem Volke vor Augen geführt. Er neige nicht dazu, aus taktischen Gründen eine Mehrheit im Reichstage aufzugeben, wenn auf der anderen Seite in keiner grundlegenden Frage irgendeine Einigung zu erzielen sei.

Wenn Hitler an das Reichsoberhaupt einen Brief richte, der vier Stunden vorher der ausländischen Presse zur Kenntnis gebracht werde, so müsse man fragen, wo denn da die nationale Gesinnung bleibe. Wenn von nationalsozialistischer Seite im Reichstage in Anwesenheit des gesamten diplomatischen Korps der deutschen Regierung jedes Recht abgesprochen werde, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, so sei kein Wort scharf genug, solches Verhalten zu geißeln. Wenn es einen Dolchstoß gegeben habe, dann sei es die Verweigerung der parlamentarischen Verlängerung der Präsidentschaft von Hindenburgs gewesen, dann sei es die Tatsache, daß Führer der nationalsozialistischen Partei einer Regierung, die in allerschwerstem außenpolitischem Kampfe stehe, in den Rücken fallen und ihr die Verhandlungsfähigkeit absprechen.

Der Reichskanzler erinnerte daran, unter welch schweren Bedingungen die Reichsregierung ihre Arbeit begonnen habe, und daß es ihr gelungen sei, noch über diesen Winter hinaus Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Dabei sei sie Wege gegangen, für die es kein Vorbild und kein Beispiel in der Geschichte gebe. Die angesehensten Wirtschaftssachverständigen hätten die Notverordnung vom Dezember 1930 und die Bankenreorganisation Lösungen genannt, die in der Wirtschaftsgeschichte der Welt einzig dastünden. Ein falscher Schritt in den letzten zwei Jahren und das Werk wäre nicht gelungen. Wir hätten dann vor dem Chaos gestanden. Wenn dem Inlande und Auslande die Garantie für die Stabilität der Verhältnisse durch die Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten gegeben werde, würden wir aus der akuten Gefahr des Zusammenbruches heraus sein. Dr. Brüning wandte sich mit Schärfe gegen jede inflationistische Maßnahme, die das deutsche Volk in den Untergang führen müßte. Besser sei es, dem Volke für zwei oder drei Jahre schwerste Opfer zuzumuten, als nochmals den Weg zu gehen, an dessen Ende die furchtbarste Erschütterung stehe. Die Inflation des Jahres 1923 habe nicht nur Vermögen vernichtet, sondern auch den klaren Blick bei Wirtschaftsführern verdorben und Anschauungen aufkommen lassen, die mit wirtschaftlicher Moral nicht in Einklang ständen.

Auf die Notverordnungen eingehend erklärte Dr. Brüning: Ich weiß, daß dieses Wort für das deutsche Volk ein schweres und bitteres Wort geworden ist. An diese drakonischen Maßnahmen mußte herangegangen werden, weil wir Fehlern der Vergangenheit gegenüberstanden, weil wir in einer Weltwirtschaftskrise, in einem Existenzkampf standen, der ohnegleichen in der Geschichte ist. Wir sind in die Regierung eingetreten mit einer ungeheuren Last an schwebenden Schulden, die zum Teil in die Zeit gehen, wo die Deutschnationalen in der Regierung waren, zu einer Zeit, als wir nicht wußten, ob wir nach vier Wochen noch zahlungsfähig sein würden. Es ist uns gelungen, nicht nur den schweren Winter 1930-31 zu überwinden, sondern auch der Winter 1931-32 ist nahezu vergangen, und allen Prophezeiungen zum Trotz ist es, wenn auch unter schwersten Einsparungen und Anstrengungen, gelungen, die Wohlfahrtslasten, die Arbeitslosenunterstützungen und die Gehälter zu zahlen, trotz der Bankenkrise, und wir haben die Währung in Ordnung gehalten und im Innern gezahlt, was wir zu zahlen hatten. Und trotz der Aufpeitschungen der Leidenschaften haben wir Ruhe und Ordnung gehalten. Dabei sind wir Wege gegangen, für die es kein Vorbild und kein Beispiel in der Geschichte gegeben hat.

Ein falscher Schritt in diesen zwei Jahren, und es wäre nicht möglich gewesen, Deutschland vor dem Chaos zu retten. Wenn die Sicherheit und die Stabilität der Verhältnisse gesichert sind durch die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg, dann sind wir, so kann ich heute sagen, heraus aus der Gefahr, aus der akuten Gefahr des Zusammenbruchs. Dr. Brüning wandte sich gegen Währungsexperimente und Patentlösungen und betonte, daß, wenn in Deutschland auch nur das Geringste getan werde, was nach Inflation schmecke, es aus sei mit dem deutschen Volke. Es treffe auch nicht zu, daß die Regierung eine Politik der Deflation mache.

Zur Reparationsfrage erklärte Dr. Brüning nach Darlegung der Entwicklung, daß schon ein Jahr nach der Annahme des Youngplanes ein Vollmoratorium habe kommen müssen. Wer an die Reparationsfrage herangehe, ohne sie wirtschaftlich genügend vorzubereiten, werde Enttäuschung und Mißerfolg erleben.

Ich spreche nie gern über die Ereignisse vor und nach dem Kriege. Das eine ist sicher: Katastrophale Fehler sind politisch vor 1914 und im Anfang 1914 militärisch gemacht worden. Fehler, die die Entwicklung des deutschen Volkes für Jahrzehnte hinaus bestimmt haben.

Dr. Brüning setzte sich mit der Agitation gegen den Reichspräsidenten auseinander und erklärte: Wenn man diesen Kampf gegen die jetzige Regierung führt, so regt mich auch die gehässigste Form der Angriffe nicht sonderlich auf; aber meine Geduld ist zu Ende, wenn sich die Angriffe gegen die verehrungswürdige Gestalt des Reichspräsidenten richten. Kann der Reichspräsident etwas dafür, daß die Rechte sich nicht auch einigen konnte, daß Hugenberg nicht in die Verantwortung wollte, daß die Sozialdemokraten politisch klüger sind als die Rechte. Wenn man die Ehrfurcht vor der geschichtlichen Persönlichkeit beseitigen will, dann treibt man ein Spiel, das sich bitter an denen rächen wird, die es betreiben. Wenn der Reichspräsident sich mit seinen 85 Jahren noch einmal zur Verfügung stelle, dann sei das ein historischer Schritt, den alle Kreise des Volkes ehrfurchtsvoll hätten begrüßen müssen. Wenn man die Gegenkandidaten Hindenburgs auch nur betrachte und ihren Kampf sehe, dann bedeute das eine Groteske vor aller Welt. Man solle sich davor hüten, zu sagen, daß es sich bei Hindenburg um eine Parteikandidatur handele. Wenn man dem Reichspräsidenten Bedingungen stelle, wie es geschehen sei, was sei denn das anderes als ein Parteisystem, wie wir es bislang in Deutschland noch nicht gekannt hätten.

Gesetzt den Fall, Hitler würde Reichspräsident — ich spreche rein theoretisch —, was will er dann verwirklichen: die Versprechungen, die er den Arbeitern gegeben hat oder die Versprechen, die er den Wirtschaftsführern gegeben hat, die seine Parteifreunde im Osten den Landarbeitern gemacht haben oder das, womit man den Großgrundbesitz des Ostens einfängt, will er durchführen, was er in Bezug nach außen, auch Frankreich vor der ausländischen Presse gesagt hat oder was er in anderen früheren Kundgebungen gesprochen hat: „Wir Nationalsozialisten sind außenpolitisch nur halb so schlimm"? Ich verstehe nicht, so erklärte Brüning, daß große Kreise des Bürgertums nicht die Zivilcourage besitzen, gegen die überstiegene Agitation der Nationalsozialisten aufzutreten.

Dr. Brüning zog zum Schluß einen Vergleich zwischen George Washington, dessen 200. Geburtstag man jetzt feiere, und dem Reichspräsidenten von Hindenburg, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Anerkennung und Würdigung der überragenden Bedeutung Hindenburgs nicht solange auf sich warten lasse, wie bei Washington, sondern daß schon der 13. März diese Entscheidung bringe. Das ist meine feste Ueberzeugung. Ich kann auf Grund aller Beobachtungen aussprechen: Das deutsche Volk wird Hindenburg wählen.

Das Arbeitsprogramm der Abrüstungskonferenz

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat das sogenannte Tableau, das die Vorschläge der einzelnen Delegationen enthält, nochmals durchberaten ud in verbesserter Form gebilligt. Es beginnt mit dem Begriff der Rüstungsherabsetzung. Für den

deutschen Vorschlag

ist die Formel gewählt:

Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen auf das niedrigste Niveau.

Die Tagesordnung für den Hauptausschuß enthält ebenfalls als ersten Punkt den Grundsatz der Rüstungsherabsetzung, der bereits Gelegenheit geben wird, die deutsche Abrüstungsforderung zur Sprache zu bringen.

Punkt 2 enthält die sogenannten Kriterien, die von verschiedenen Delegationen gefordert werden, Bevölkerungszahlen und dergleichen.

Punkt 3 behandelt u. a. das Verbot der Angriffswaffen.

Punkt 4 bezieht sich auf den Begriff der bedingten Herabsetzung, d. h., vor allem auf die französischen Vorschläge, die bestimmte politische und juristische Voraussetzungen fordern.

Punkt 5 behandelt die insbesondere von Deutschland, Italien und Ungarn geforderte Gleichheit der Methode der Abrüstung, den Rüstungsausgleich und das gleiche Recht auf Sicherheit.

Die grundsätzlich wichtigen deutschen Forderungen werden also vor und nach den französischen Vorschlägen ausführlich zur Erörterung kommen.

Der Hauptausschuß tritt Dienstag vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der die Genehmigung der Beschlüsse des Büros und der Beginn der Aussprache auf Grund der jetzt festgesetzten Tagesordnung erwartet wird.

Die Mitteleuropaprojekte

Aus Genf, 7. März, wird berichtet: Die in verschiedenen europäischen Hauptstädten erfolgten Besprechungen über die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftssystems scheinen ihren Schwerpunkt immer mehr nach Genf verlegen zu wollen. Da die Außenminister der Kleinen Entente und die maßgebenden Staatsmänner der anderen interessierten Staaten in Genf anwesend sind und insbesondere auch der französische Ministerpräsident erwartet wird, liegt es nahe, daß wieder einmal Verhandlungen „am Rande" einer vom Völkerbund veranstalteten Tagung erwartet werden.

Man spricht in diesem Zusammenhang bereits von einer Vorkonferenz, die diese Woche stattfinden, und die im Mai, also vor der Lausanner Konferenz, die noch zu treffenden endgültigen Beschlüsse der beteiligten Staaten vorbereiten soll. In diese Beschlüsse soll — nach hier umlaufenden Informationen die mit allem Vorbehalt wiedergegeben werden — nicht nur die Regelung des Güteraustausches in Mitteleuropa und die Auflegung einer Sanierungsanleihe, sondern auch die Reparationsfrage einbezogen werden.

Alle derartigen Pläne sind freilich als wenig wertvoll anzusehen, solange nicht eine deutsche Beteiligung an den Verhandlungen gesichert ist, nachdem es sich ergeben hat, daß auch die beteiligten Nachfolgestaaten zu einem erheblichen Teil einer bloßen Vereinigung ihrer eigenen Gruppe verständigerweise Widerstand leisten.

Verhaftung eines sechsfachen Mörders

Aus Linz a. D., 7. März, wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Ermordung der Baumeistergattin Jank ist ein gewisser Leitgöb verhaftet worden, der nicht nur diesen Mord eingestanden hat, sondern noch fünf weitere Morde, darunter einen an seiner eigenen Großmutter. Leitgöb will die Mordtaten aus sexuellen Gründen begangen haben. Er ist 53 Jahre alt und war wegen verschiedener Verbrechen mit 20 Jahren Kerker vorbestraft. Man glaubt, daß weitere Mordtaten aufgedeckt werden.

Rückreise Albert Einsteins nach Deutschland. Aus Newyork wird berichtet: Professor Albert Einstein und seine Gattin haben die Heimreise nach Berlin angetreten. Sie haben Pasadena (Kalifornien) an Bord des Motorschiffes „San Francisco" verlassen und werden den Weg über den Panama-Kanal nehmen.

Letzte Drahtnachrichten

Sterns Geständnis

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Laut Mitteilung der Untersuchungsbehörden gehört Stern, der den Revolveranschlag auf den Botschaftsrat von Twardowski verübt hatte, einer Terroristengruppe an, die im Auftrage gewisser ausländischer Staatsbürger Terrorakte ausführten.

Nach dem Geständnis Sterns hatte das Attentat den Zweck, eine Spannung zwischen der Sowjetunion und Deutschland hervorzurufen und dadurch die internationale Lage der Sowjetunion zu verschlechtern. Die Untersuchungsbehörden hoffen, daß die Untersuchung in den nächsten Tagen abgeschlossen werden kann.

Staatsbegräbnis für Briand

Der französische Ministerrat, der unter dem Vorsitz Doumers zusammentrat, beschloß im Einvernehmen mit den Angehörigen des Verstorbenen, Briand durch ein Staatsbegräbnis zu ehren. Die sterblichen Ueberreste Briands werden im Außenministerium aufgebahrt werden. Die Beisetzung wird voraussichtlich am Donnerstag erfolgen.

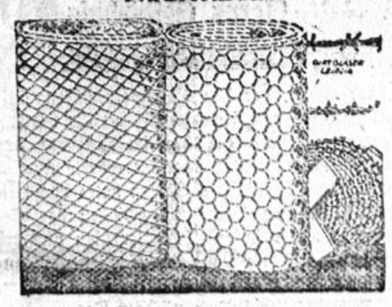
Bergwerkskatastrophe in Japan 18 Tote

Auf der Grube Chuwa, in Fukuoka (Provinz Kiuschiu) ereignete sich eine Explosion von Grubengasen, der, wie man befürchtet, 18 Bergleute zum Opfer gefallen sein dürften. Fünf Leichen wurden bereits geborgen.

Doch noch keine Spur von Lindberghs Sohn

Aus Newyork, 7. März, wird gemeldet: Es ist noch keine Spur des Sohnes Lindberghs gefunden worden. Gouverneur Moore in Trenton (New Jersey) erklärte Pressevertretern, er sei nicht in der Lage, den Entführern Straffreiheit zu versprechen, sei aber bereit, die Polizei zurückzuziehen, falls Lindbergh darum ersuche.

Drahtgeflecht, Weidendraht, Stacheldraht



Alles, was zur Einfriedigung gehört, liefert preiswert und in bester Werksqualität

Franz Kerstin.

Kaufm. Privatschule

von Lehrer a. D. Fr. Schelter, Soest.
6 hauptamtliche Lehrkräfte.

Ostern beginnen:

1. Jahresklassen
2. Halbjahresklassen
3. Klasse f. **Schüler mit höh. Schulbildung** u. ält. Schüler.
4. Fortbildungsklasse bes. Deutsch, Rechnen, Rauml., Geograph., Schreiben usw.
5. Privatunterricht in sämtlichen Fächern

Tagesklassen — Abendkurse.
Prospekte, Ausk. und Beratung durch den Leiter **Fr. Schelter,**
Soest, Burghofstr. 24 Tel. 1002.

Hitlerkundgebung Dortmund

Es sind etwa 200 000 Karten angefordert. Wir konnten deshalb für Soest nur 50 Stehplätze erhalten, und müssen sie auslosen. Abholung der bestellten Karten bezw. Rückzahlung des Geldes am Mittwoch 10—1 Uhr, 3—6 Uhr Ulrichenstraße 54. Bis dahin nicht abgeholtes Geld bezw. Karten verfallen der Propagandakasse.

Abfahrt mit Autobus **4,30 Uhr** vom Markt (Apotheke) pünktlich. Fahrpreis 2,— R.M. Ausgabe der Fahrkarten **nur** zur angegebenen Zeit in der Geschäftsstelle.

N. S. D. A. P. Ortsgruppe Soest.

Achtung! Achtung!

Wollen Sie am Sonntag die Wahlergebnisse im Radio hören, dann müssen Sie auch einen

Radio-Apparat

haben.

Ich liefere Ihnen zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

Telefunken, 2 Röhren-Empfänger früher 79, jetzt 54 R.M
Eswe, 2 Röhren-Empfänger früher 134, jetzt 95 R.M
Eswe, 3 Röhren-Empfänger früher 198, jetzt 145 R.M
M. E. G., 4-Röhren-Empfänger früher 370, jetzt 170 R.M

Sämtliche Geräte sind fabrikneu einschl. Röhren
Reparaturen an Radioapparaten aller Fabrikate bei billigster Berechnung.

Hans Wohlfahrt, Bad Sassendorf,

Installation für Elektrizität, Gas, Wasser und sanitäre Anlagen.

Fahre wöchentlich einmal mit

Schnellastwagen bis Bochum

und befördere hierbei auch Frachtstücke zu günstigsten Bedingungen.

B. Höppner.
Nöttentor 11 Ruf 978.

Ingenieurschule Lage Bauschule
Elektrotechnik, Maschinenb., Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik — Lehrpläne — Architektur, Tiefbau, Eisenbeton-, Stahlbau, Tonindustrie — anerkannt v. Lippe — Staatl. Ulm — gratis durch

---

Für jg. Mädchen 20 Jahr., kath. wird zum 15. März eine

Stellung

für Haus u. Gartenarbeit gesucht.

Ang. mit Lohnangabe an die Gesch. unter Nr. 1368.

Heute bis Freitag

Grüne Heringe
Pfd. 12 Pfg.

Bratschellfisch
Pfd. 18 Pfg.

Kabliau o. K.
Pfd. 20 Pfg.

Schellfisch o. K.
Pfd. 30 Pfg.

Fisch-Filet von Goldbarsch
Pfd. nur 30 Pfg.

Fett-Bückinge
Pfd. nur 20 Pfg.
5-Pfd-Kiste 90 Pfg.

Kl. engl. Bückinge
Pfd. 35 Pfg.

Sprotten
½ Pfd. 10 Pfg.
Kiste 30 Pfg.

Heringe
Stück 3 u. 6 Pfg.

Markthalle
Soest.

Sauberes, kräftiges

Lehrmädchen

gesucht.

Markthalle
Soest.

Empfehle la gelagertes

Union-Bier in Syphons
von 15 2 u. 3 Ltr.

Friedr. Berghoff,
Kleinbahnwirtschaft,
Ostönnen.

Alusin

das Wundermittel repariert sofort alle Metalle durch einfaches Aufstreichen.

Ohne Flamme — Ohne Lötkolben.

Preis pro Tube 75 Pfg. zum 50 maligen Gebrauch.

Drogerie Giesenbauer
neben der Deutschen Bank, Ruf 962.

Perwachs

die ideale Bodencreme, bohnert glänzend — macht nicht glatt!

Größe 1	Größe 2	Größe 3
—,80	1,50	2,65

Carl Hochherz

DAS GROSSE LICHTBILDWERK DES

Schöpfungs-Dramas

im Gasthof zur Krone, Soest, Osthofenstr.

1. Teil am Mittwoch, dem 9. März, 19.30 Uhr,
2. Teil am Donnerstag, dem 10. März, 19.30 Uhr.

Redner: P. Köcher, Duisburg.

Das Schöpfungs-Drama ist das gewaltige Bild- und Vortragswerk der Gegenwart. Viele Bildszenen schildern die Erschaffung unserer Erde und die bedeutendsten Geschehnisse aller Zeiten.

Das Schöpfungsdrama ist das beste Mittel zur Hebung und Befestigung edlen Menschentums und dient vor allem einer zerrütteten Zeit zur Wiederherstellung des Glaubens an den allmächtigen, weisen Schöpfer, Jehova, und an sein Wort, die Bibel.

Eintritt frei! Bitte nicht rauchen!

JEHOVAS ZEUGEN
Gruppe Soest
(unter Direktion der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung e. V.)

Ein Versuch überzeugt!

½ Pfd. Kaffee ff. Mischung
in feiner Geschenkdose . . M. 1.25

HOLBUTKO

Abgeschloss. Etage

3 Zimmer und Küche

nebst Zubehör an ruhige Leute zum 1. April zu vermieten. Zu erfr. i. d. Gesch. unter Nr. 1371.

Mittwoch bis Freitag

in bekannter feinster Qualität zu

niedrigen Preisen:

gr. Schellfisch I. u. II.
Bratschellfisch
Goldbarschfilet
HEILBUTT
SCHOLLEN
Knurrhahn abgez.
Stockfisch gew.
echte Monnikend.
Brat-Bücklinge
Spiegel-Karpfen
Pfund 0,90 Mk.

Seemuscheln

Emil Herbener.

Düngekalk

in Stücken und gemahlen, gar. 80—90 Proz. unt. Kontrolle der Landwirtschaftskammer billigst bei

Carl Torley.

Guterhaltener

Rauchtisch, Teppich, Chaiselongue

zu kaufen gesucht.

Ang. unter Nr. 1358 an die Gesch.

Frisch gefällte

Bohnenstangen

frei Haus u. ab Wald gibt ab

Josef Kemper,
Breitenbruch bei Arnsberg.

Pianos

neu und gebraucht. Verlangen Sie vor Kauf unverbindliches Angebot **direkt** von

Piano-Fabrik
Roth u. Junius
Hagen 78

Teilzahlung. Lieferung frei Haus.

Reizende Neuheiten in Damentaschen

finden Sie in unerschöpflicher Auswahl bei

Kotter Middel, Soest, Brüderstr. Ia., Tel. 221

Spezial-Haus f. feine Offenbacher Lederwaren.

Zur Reichs-Präsidentenwahl

Freitag, den 11. März, abends 8.15 Uhr bei **Gruß**

Große öffentliche Kundgebung für Duesterberg.

Redner: Rechtsanwalt **Forschbach—Dortmund** vom Hauptvorstand der D. N. V. P.

Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot.

Deutschnationale Volkspartei
Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten

Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose frei.

Deutsche Volkspartei

Soest Stadt und Land

Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensleute

am **Mittwoch**, den 9. ds. Mts. abds 8.15 Uhr im **Centralhotel.**

TAGESORDNUNG:

Lage der D. V. im Wahlkreise.
Redner: Dr. Roellitz und Schütz.
Der Vorstand.

Von heute bis Freitag

la Schellfisch, kopfl. Pfd. 28—30 Pfg.
la Cableau, kopfl. Pfd. 18 Pfg.
la Bratschellfisch Pfd. 20 Pfg.
la Goldbarsch, kopfl. Pfd. 32 Pfg.
la Fischfilet, schneeweiß Pfd. 30 Pfg.
la Heilbutt Pfd. 50 Pfg.
la Schollen Pfd. 40 Pfg.
feinste engl. Bücklinge Pfd. 30 Pfg.
feinste Norweger Bücklinge Pfd. 20 Pfg.
frische Sprotten ¼ Pfd. 10 Pfg.
ferner la Vollheringe 34 Stück nur 1.00 Mk.

mit 5 Proz. Rabatt.

Curt Stolper

Ulricherstr. 4 und Filialen.

Kapitalien

Darlehn, Hypotheken, Bau- und Kaufgelder

bei geringen Zinsen, garantiert schneller, streng reeller und diskreter Erledigung durch **Finanz-Büro, Soest, Friedhof 6.** Geschäftsstelle und Vertrauensmann des Deutschen Kredit- und Inkasso-Verbandes, sowie auch sonstiger Banken etc.

Täglich von 9—19 Uhr, Sonntags von 10—13 Uhr. — Auskunft kostenlos.